

## Vortrag

Datum RR-Sitzung: 18. Dezember 2019  
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion  
Geschäftsnummer: 2019.GEF.1612  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

### Neuwahlen für die Kantonale Integrationskommission, Wahlperiode 2020-2023

#### Inhaltsverzeichnis

1	Rechtsgrundlagen .....	2
2	Beschreibung des Geschäfts/Vorhabens .....	2
3	Verhältnis zu den Richtlinien der Regierungspolitik und anderen wichtigen Planungen .....	3
4	Auswirkungen auf Finanzen, Organisation, Personal, IT und Raum .....	3
5	Auswirkungen auf die Gemeinden .....	3
6	Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft.....	3
7	Antrag.....	3



## 1 Rechtsgrundlagen

- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16.12.2005 (AuG, SR 142.20), Art. 4 und Kapitel 8 Integration, Art. 53 - 58
- Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 15.08.2018 (VIntA, SR 142.205)
- Gesetz über die Integration der ausländischen Bevölkerung vom 25. März 2013 (Integrationsgesetz IntG, BSG 124.1), Art. 6-11, Art. 17
- Verordnung über die Integration der ausländischen Bevölkerung vom 22. Oktober 2014 (Integrationsverordnung, IntV, BSG 124.111), Art. 12 - 20
- Personalgesetz vom 16. September 2004 (PG, BSG 153.01), Art. 3ff

## 2 Beschreibung des Geschäfts/Vorhabens

Gegenstand der Vorlage ist die Gesamterneuerungswahl der kantonalen Integrationskommission für die Amtsdauer 2020-2023. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Wirtschaft, der Landeskirchen sowie des Conseil du Jura bernois und des Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne werden zu einem späteren Zeitpunkt gewählt, da die Ersatzpersonen von den zuständigen Gremien noch nicht bestimmt worden sind.

Die kantonale Integrationskommission wurde 2008, gestützt auf die Verordnung über die Kantonale Kommission für die Integration der ausländischen Bevölkerung (IKV), erstmals konstituiert. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum kantonalen Integrationsgesetz (IntG) wurden die gesetzlichen Grundlagen der kantonalen Integrationskommission in das IntG und in die Verordnung über die Integration der ausländischen Bevölkerung (IntG, Art. 17 und IntV, Art. 12 - 20) integriert.

Der Zweck der Integrationskommission ist es, den Regierungsrat, die Kantonsverwaltung und die Gemeinden bei der Umsetzung des Integrationsgesetzes zu beraten und zur Entwicklung und Umsetzung der Integrationspolitik des Kantons beizutragen (Art. 17 Abs.3 IntG und Art. 12 Abs. 1 IntV).

Die aktuelle Wahlperiode der Kommission läuft Ende 2019 ab, die Mitglieder müssen deshalb für die Amtsdauer vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2023 neu gewählt werden.

In der Vergangenheit wurde die Zusammensetzung und der Arbeitsmodus der Kommission diskutiert und auf die letzte Wahlperiode 2016-2019 hin neu konzipiert.

Nachdem die Vertretung der politischen Parteien in der Vergangenheit im Hinblick auf die Beratung des Entwurfs des Integrationsgesetzes im Grossen Rat verstärkt worden war, wurde entschieden, dass nach Abschluss des Gesetzgebungsprozesses und angesichts der damals geschaffenen ständigen Kommissionen des Grossen Rates der Fokus der Kommission wieder verstärkt auf die fachliche Arbeit ausgerichtet werden soll. Die Vertretung der politischen Parteien wurde von ursprünglich fünf Sitzen auf zwei Sitze, besetzt durch zwei grosse Fraktionen, reduziert. Im Gegenzug wurden die Fachinstitutionen und die integrationsrelevanten Regelstrukturen stärker in der Kommission miteinbezogen. Dieses Format hat sich in der letzten Wahlperiode gut bewährt und soll nun so weitergeführt werden.

### **3 Verhältnis zu den Richtlinien der Regierungspolitik und anderen wichtigen Planungen**

Die Tätigkeit der kantonalen Integrationskommission trägt zum Regierungsziel 3 der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch eine verstärkte und gezielte Integration von sozial Benachteiligten bei. Die kantonale Politik in Bezug auf die Integration der Ausländerinnen und Ausländer trägt mit Bildungsmassnahmen und Massnahmen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Stabilität zu sichern. Mit der Beratung durch die kantonale Integrationskommission erfährt diese Politik eine breite Abstützung.

### **4 Auswirkungen auf Finanzen, Organisation, Personal, IT und Raum**

Die Kommissionsmitglieder werden nach der Verordnung über die Taggelder und Reiseentschädigung der Mitglieder staatlicher Kommissionen entschädigt. Die Kosten sind im Budget der GEF berücksichtigt. Das Kommissionsekretariat kann innerhalb der bestehenden organisatorischen Rahmenbedingungen und personellen Ressourcen weitergeführt werden.

### **5 Auswirkungen auf die Gemeinden**

Diese bestehen insofern, als auch die Gemeinden in der Integrationskommission vertreten sind. Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden.

### **6 Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft**

Abgesehen von den unter Punkt 3 erwähnten Aspekten sind hier keine Auswirkungen ersichtlich.

### **7 Antrag**

Die GEF beantragt die Ernennung als Mitglied der Integrationskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2023 von:

**Tom Morgenegg**, geb. 1969, Vertreter der Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen (isa), Ansprechstelle Integration Region Mittelland – Emmental – Oberaargau (bisher)

**Jesus Fernandez**, geb. 1958, Vertreter des Gewerkschaftsbunds des Kanton Bern (neu)

**Carlo Schlatter**, geb. 1961, Grossratsvertreter der SVP (bisher)

**Samantha Dunning**, geb. 1987, Grossratsvertreterin der SP (bisher)

**Ursula Heitz**, geb. 1960, Vertreterin der Stadt Bern (Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern, Ansprechstelle Integration Bern) (bisher)

**Fred Hodel**, geb. 1956, Vertreter der Stadt Thun (Kompetenzzentrum Thun-Oberland, Ansprechstelle Integration Thun - Berner Oberland) (bisher)

**Markus Iseli**, geb. 1961, Vertreter des Verbands Bernischer Gemeinden (Gemeinde Saanen) (bisher)

**Tamara Iskra**, geb. 1974, Vertreterin der Stadt Biel (Fachstelle Integration) (bisher)

**Lea Kieber**, geb. 1957, Vertreterin der Migrationsbevölkerung (bisher)

**Simon Graf**, geb. 1964, Vertreter des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung, Erziehungsdirektion (bisher)

**Juliet Jayanthi Sellathurai**, geb. 1956, Vertreterin der Migrationsbevölkerung (bisher)

**Marta Mekonnen**, geb. 1982, Vertreterin der Migrationsbevölkerung (bisher)

**Eva Soom-Ammann**, geb. 1969, Vertreterin der Wissenschaft / Forschung (bisher)

**Cécile Wüthrich**, geb. 1978, Vertreterin Amt für Migration und Personenstand, Polizei- und Militärdirektion (bisher)

Beilage

- RRB